Dass auch der Achtstundentag bei dieser Entwicklung fallen musste, wurde selbst von den Führern der Arbeiterschaft nicht verkannt. Die Art, wie man ihn abschaffte war das Traurigste vom Traurigen. Hier kann man wahrlich von einer „verpassten Gelegenheit" sprechen. Die freiwillige Aufgabe des Achtstundentages als Opfer für das Ganze in feierlicher Form und mit grosser Geste, das wäre eine Gelegenheit gewesen, auf das Ausland zu wirken. Lange hatte man nach dem Kriege im Ausland festgehalten an dem Vertrauen zur Arbeitstüchtigkeit des deutschen Volkes. „Ihr Deutsche werdet zuerst wieder hochkommen", das wurde uns in jener Zeit im Auslande immer wieder gesagt. Dann begann der Zweifel zu nagen. Kapp-Putsch, Minister-Krisen und die leichtfertig vom Zaun gebrochenen Streiks unterhöhlten das Vertrauen. Mit der Ermordung Rathenaus brach dasselbe vollkommen zusammen. Die schlimmen Folgen sahen wir; wir bemühten uns, den schlechten Eindruck zu verwischen; aber nichts ist schwerer, als ein einmal getäuschtes Vertrauen wieder zu erwerben. Jetzt wäre die Gelegenheit da gewesen. Nie wäre es mehr in der Hand der Arbeiterführer gewesen, eine grosse Tat für Deutschland und die deutsche Republik zu tun wie bei der Aufhebung des passiven Widerstandes durch die Parole „Aufgabe des Achtstundentages." Die Gelegenheit ward verpasst. Man suchte nach Formeln, die das Ausland nicht versteht. Man ritt Prinzipien, und das Resultat ist die Aufgabe des Achtstundentages ohne jeden Erfolg nach aussen hin unter übelsten Streitigkeiten im Innern.

Immerhin, der Achtstundentag als starres Gesetz ist gefallen. Ein schweres Hemmnis für die Gesundung ist beseitigt.

Eine weitere Hemmung bedarf noch der Beseitigung **Eine Wirtschaft, welche das Höchste leisten soll, muss beweglich sein.** Eine Maschinerie wie die staatliche Kohlen- und Eisenwirtschaft wird aber immer schwerfällig bleiben. Die abenteuerliche Idee verflossener Reichswirtschaftsministerien, man könne die Preise nicht durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, sondern durch ein vielköpfiges Kohlenparlament festsetzen lassen, ist heute gottlob als überholt anzusehen. Noch kann man sich aber nicht entschliessen, die ganze sogenannte Bewirtschaftung abzubauen. Beim Kohlenkommissar sollte man mit dem Abbau beginnen. Die „Aussenhandelsstellen" kann man getrost folgen lassen. Eine freie Wirtschaft ist für die schweren kommenden Jahre das einzige, was Erfolg verheisst.

Im Zusammenhange damit ein Wort über **die Syndikate der Schwerindustrie.** Unter den Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit waren diese Verbände, insbesondere das Kohlensyndikat, zu ungeahnter Macht gelangt. Früher freiwillige Zusammenschlüsse, die auf höchste Wirkung abgestellt waren; nunmehr „verankert" im Kohlenwirtschaftsgesetz, Zwangseinrichtungen mit behördenartigem Aufbau und bureaukratischer Schwerfälligkeit. Früher Organisationen der Industriellen für deren Interessen; nunmehr vielfach selbständige Organisationen, die sich neben den Industriellen, manchmal geradezu gegen sie betätigten und nach Art der Kriegsgesellschaften um ihrer selbst willen fortzubestehen gewillt waren. Gegen die Verbände hatte sich im Laufe dieser Jahre allerhand Unmut angesammelt. Ihr Machtzuwachs drohte ihnen so zum Verderben auszuschlagen. Bis zum November des vergangenen Jahres war man sich in den Kreisen der Industrie nahezu einig, dass eine grosse Götterdämmerung für die Syndikate kommen werde. Die Kartellverordnung der Regierung gab willkommenen Anlass, fast alle Verbände zu kündigen. Eine Weile schien es, als ob der Kampf aller gegen alle unvermeidlich sei. Dann kam das Micum-Abkommen mit seinen schweren Lasten. Das hat, wenn man so sagen kann, das Syndikat gerettet. Freilich hat sich das Syndikat Einschränkungen gefallen lassen müssen; das Geschäft nach Holland und Uebersee ist freigegeben; das Syndikat hat auch sein liebstes Kind, seine eigenen Kohlenhandelsgesellschaften, fallen lassen müssen. Auch dürfte die Lehre aus den Verhandlungen im Ohre der Syndikatsleitung — und wohl auch aller andern Verbände — fortklingen, dass die Syndikatsorganisation keine Sache um ihrer selbst willen ist, dass es wieder gilt, sich zu regen und alles Beamtenmässige, Schematische abzustreifen.

Inzwischen ist auch der Roheisenverband wieder gefestigt. Die Nebenproduktenverbände scheinen als Rumpfsyndikate zusammenzubleiben. Die Verbände der Eisenindustrie sind nach Ausscheiden des Wolff-Konzerns auch neu begründet. So wären die Syndikatsfragen für das Revier ziemlich bereinigt, und einer flotten Aufnahme des Geschäfts stände nichts im Wege, wenn die drei grossen „Wenn" nicht wären, die mit dem Micum-Vertrage und der Ruhrbesetzung zusammenhängen.

Da ist zunächst die **Kreditfrage.** Auch im unbesetzten Gebiet spielt diese Frage eine grosse Rolle. Die Banken sind durch die Inflationswirtschaft erschöpft, ihre Depositen gleich Null. Dagegen Zinssätze, welche in Vorkriegszeiten den Staatsanwalt auf den Plan gerufen haben würden. Im Ruhrrevier liegt es aber noch schlimmer. Die Werke sind nicht wie die des unbesetzten Gebietes ganz oder teilweise in Betrieb geblieben, liegen vielmehr seit Monaten still; die letzten Reserven sind in den bösen Wochen nach dem Aufgeben des passiven Widerstandes draufgegangen. Die Ingangsetzung erfordert grosse Kapitalien, und bis zum Eingang der Gelder für die ersten wieder hergestellten Erzeugnisse währt es noch lange.

Nun würde die Ruhrindustrie auf Grund ihres Ansehens und ihrer Beziehungen im Auslande Kredit bekommen haben, hatte auch wohl allerhand Zusagen bekommen, wenn nicht das Micum-Abkommen dazwischen gekommen wäre. Der ausländische Finanzmann ist ein nüchterner Rechner und hat zur Einsicht der Franzosen sehr geringe Zuversicht. Er sagt sich, dass durch das Abkommen eine kleine Gruppe von Industrieunternehmungen, die selbst für das gesamte Deutschland untragbare Reparationslast auf sich genommen habe; der direkte Zugriff Frankreichs auf das Privateigentum — bisher nur unter Bruch des Rechts durch brutale Gewalt möglich —, jetzt sei der Rechtsgrund dafür gegeben; einem Manne, sei er noch so tüchtig, der für Unerfüllbares Bürge werde, könne man nicht Kredit geben. So ist der Auslandskredit abgesperrt oder doch nur in geringstem Umfange möglich. Der Kapitalmarkt ist gänzlich unzugänglich. Nur durch eine grosszügige Kreditoperation der Reichs- oder Rentenbank könnte Hilfe geschaffen werden. Nicht mit Unrecht wendet aber die Rentenbank ein, dass sie solange der Ruhrindustrie keine Kredite gewähren kann, als das Gesetz über die Fundierung der Rentenmark im besetzten Gebiet nicht durchgeführt wird. Der Franzose benutzt diese Situation geschickt, um für die von ihm gewünschte Rheinische Goldnotenbank die Wege zu ebnen. Rheinische Kreise haben ihn dabei wohl ohne böse Absicht, aber doch zum Schaden der Sache — soweit gestützt, dass um diese besondere rheinische Währung heute nicht mehr herumzukommen sein wird; es gilt, den Schaden so gering als möglich zu halten.

Die zweite entscheidende Frage ist die **Transportfrage.** Ohne gesicherte Zufuhr der Rohmaterialien und gesicherte Abfuhr der Erzeugnisse kann kein Betrieb an die Aufnahme einer gröseren Erzeugung herangehen. Die Regiebahnen bieten diese Sicherheit nicht. Gewiss ist der Betrieb dieser Bahnen etwas belebter geworden. Aber noch immer treten Stockungen ein. Die Rangierbahnhöfe sind verstopft, der Umlauf der Wagen beträgt ein Vielfaches gegen früher. Eine Vielheit von Stellen dirigiert gegeneinander und durcheinander. Der komplizierte Apparat dieses verzweigtesten Bahnnetzes der Erde ist in Unordnung gebracht. Nur durch Rückgabe in die Hand der Sachkenner und Ausschaltung allen fremden Einflusses lässt er sich wieder einrichten; auch wenn diese Voraussetzungen gegeben wären — vorläufig kann der Franzose sich noch nicht entschliessen —, werden Monate ins Land gehen, bis Alles klappt.

Das dritte Moment ist die in den Micum-Verträgen enthaltene **Kontingentierung.** Ueber den Stand von 1922 darf niemand hinaus. Der Stand von 1922 wird dabei aber nicht als Ganzes genommen, sondern nach besetztem Gebiet, unbesetztem Gebiet und Ausland gedrittelt. Der Ausgleich zwischen den einzelnen Mächten wird dadurch ausgeschlossen. Dazu kommt dann die schwere Drohung der Erhöhung der Zollsätze, sobald 50 Prozent der Erzeugnung von 1922 erreicht werden. Das Bestreben, die Industrie nicht hoch kommen zu lassen, tritt hier klar in die Erscheinung.

Zu alledem kommt dann die unentgeltliche Lieferung von **Reparationskohle** hinzu. Dass diese Last nur für eine kurze Uebergangszeit auf den kleinen Kreis der besetzten Zechen abgewälzt werden darf, dass aber sobald als möglich die Gesamtheit diese Last übernehmen muss, bedarf wohl auch nicht näherer Darlegung. Nur daran sei erinnert, dass nicht **die** Industrie, wie man das jüngsthin vielfach las, diese Last trägt, sondern ein durch den Zufall bestimmter **kleiner Kreis von Zechen.** Und dieser kleine Kreis kann die Last nicht auf die ihm zum Verkauf bleibende Erzeugung abwälzen, weil diese Erzeugung verkauft werden muss im Wettbewerb mit der nicht besetzten kohlenerzeugenden Industrie. Hier bald einzugreifen, ist trotz der Notwendigkeit der Finanzreform eine gebieterische Forderung der Gerechtigkeit.

Es sind keine günstigen Aussichten für die Zukunft, die sich dem sorgenden Blick eröffnen. Dennoch wäre es verfehlt, zu verzagen. Die Ruhrindustrie ist an sich so gesund und wirtschaftlich stark, dass sie auch über diese Krisis hinwegkommen wird, wenn dieselbe nicht zu lange andauert. Eine Verständigung mit Frankreich wird aber die Voraussetzung für die Beendigung der Krise sein. Jeder Vorschlag, der zu einer Verständigung nützlich sein könnte, wird daher gerade bei der Industrie dankbar aufgenommen werden. Ebenso wie es ein Märchen ist, dass die französiche Schwerindustrie hinter dem Ruhreinbruch stehe und dass die Gewaltmassnahmen an der Ruhr als Druck einer Handvoll von Industriemagnaten anzusehen sei, die den deutschen Industrieführern ihren Willen aufzwingen wollten, ebenso ist es ein Märchen, dass die Führer der Ruhrindustrie Gegner einer Verständigung mit Frankreich seien. Aber die Industriellen auf beiden Seiten sind Geschäftsleute und sehen als solche, dass bei allen bisherigen Vorschlägen der Politiker, Diplomaten und Halbdiplomaten nichts Brauchbares herauskommt. Dass **Ruhrgebiet und Lothringen** aufeinander angewiesen sind, weiss man an der Ruhr ganz genau. Der natürliche Austausch zwischen diesen Gebieten muss wiederhergestellt werden. Das wird aber nur möglich sein, wenn man den beiderseitigen Industrien freie Bahn gibt, um von Mann zu Mann zu verhandeln. Eine Verkopplung dieser Verhandlungen mit der Lösung des **Gesamtproblems der Reparationen bringt** in dieses komplizierte Problem nur neue Verwirrung und verwickelt eine befriedigend lösbare Frage mit einem an sich unlösbarem Problem. —

Zum Schluss ein paar Worte zu den Rechbergschen Plänen. Die französische Industrie hat diese Pläne schon bei ihrem früheren Auftreten abgelehnt; sie lehnt sie auch heute ab. In einem Augenblick, wo bei uns die Goldmark-Bilanzierung den Beweis für die Scheinblüte der letzten Jahre erbringt, wo Zusammenlegungen an allen Enden bevorstehen, wo man wieder zurückkehren wird von den wirtschaftlich nicht begründeten Aktiengesellschaften zu privaten Unternehmungen, da bietet Rechberg in Paris eine Beteiligung an dieser Industrie an. Was würde der Franzose sagen, wenn nach Jahresfrist statt der erhofften Dividende die Verlustbilanz kommt? Wenn etwa gar Zuzahlungen verlangt werden? Ganz abgesehen von der technischen Undurchführbarkeit der Rechbergschen Ideen wird man schon deshalb abraten müssen, weil die Entäuschung der Franzosen so gross sein würde, dass neue Verwicklungen unvermeidlich sein würden.

Industrie treiben wird in den nächsten Jahren in Deutschland kein Vergnügen sein; zum Erraffen von Schätzen wird keine Gelegenheit sein. Leiter und Angestellte, Arbeiter und Aktionäre werden das bald spüren. Schwere Zeiten stehen bevor; nur die äusserste Anspannung und das freieste Spiel der Kräfte wird es ermöglichen, über diese schweren Zeiten hinwegzukommen und dadurch einer grossen Zahl deutscher Volksgenossen die **Arbeitsstätte** und damit das **Vaterland** zu erhalten.

Hannover, 1. Januar 1924.

Wenn die Presse und so auch Ihre geschätzte Zeitung ihre Aufgabe voll erfüllen will, so muss sie meiner Ansicht nach vor allem darauf hinwirken, dass jedem Deutschen, welch' Stammes er auch sei, Tag für Tag vor Augen geführt wird, dass die schwere Not der Zeit das gesamte Deutschtum zu einer engen Schicksalsgemeinschaft zusammengeschmiedet hat, in der es nur das eine Ziel geben kann, die Fesseln des Versailler Vertrages dereinst zu zerreissen. Dauernde Unfreiheit ist dem Deutschen so wesensfremd, dass er dabei in seiner innersten Natur verkümmern und verderben muss.

W. de Haën.

Mit Stolz und Genugtuung kann der „Hannoversche Kurier" heute am Tage seines 75jährigen Bestehens auf seinen Gründungstag zurückblicken. Er war uns ein wertvoller Berater in guter Zeit, eine Stütze und geistiger Erbauer in Tagen der Not.

Möge er auch in Zukunft benachrichtigend, fördernd und aufklärend auf allen Gebieten wirken.

Willy Fischbein.

Wirtschaftliche Berichterstattung.

Von
Paul Stotten.

Alfred Lichtwark schrieb gelegentlich, die Unterdrückung sämtlicher Zeitungen wäre der grösste Segen für die Menschen, was man, selbst in dieser Barke sitzend, gewiss nicht unterschreiben darf. Den Handels- und Wirtschaftsteil wird er als Kunstfreund nicht gelesen und also nicht gemeint haben. Reine Politik ist Sache der Ansichten, Leidenschaften, Parteien. Wirtschaftspolitik hat im allgemeinen regelmässige Vorgänge, feste Begriffe, genaue Zahlen als Boden unter den Füssen.

Trotzdem sind „Politik" und „Handel" durch unzählige Fäden verknüpft. Die Geldaufblähung hat das zeitweise verdunkelt. In der ungeheuren Brandung, die von der Notenpresse aufgewühlt wurde, versanken all die kleinen Wellenberge und -täler, auf die man einst gespannt achtete. Mit fortschreitender Währungsruhe wird die Börse wieder werden, was sie war: der überaus empfindliche, jede feinste Einwirkung stark vergrössert anzeigende Druckmesser der politischen und wirtschaftlichen Vorgänge; und der eilige Leser wird wieder in zwanzig Zeilen des Berliner oder Frankfurter Börsenberichts — vielleicht auch einmal des Hannoverschen — den Kern der Tagesereignisse vorfinden.

Der Leserkreis des Handelsteils hat in den Nachkriegsjahren gewaltig zugenommen. Die Börse hat sich, wie jeder echte Berufskreis, ihre eigene Fachsprache geschaffen. Sachlichkeit mit Gemeinverständlichkeit, der Höflichkeit des schreibenden Menschen, zu vereinen, ist nicht immer leicht. Um wie viel schwerer aber ist es, die unendlich verschiedenen Ansprüche an die Vollständigkeit zu befriedigen. Ist eine Nummer des Handelsteils fertiggestellt, so steht man selbst verwundert, was da alles auf engem Raum, in kleinem Druck, mündlich, schriftlich, drahtlich und gefunkt, aus In- und Ausland, in wenigen Stunden zusammengekommen ist. Wieviel hat noch mit hineingewollt, wie die Menge in ein ausverkauftes Theater, und hat draussen bleiben müssen.

Das bisher Erwähnte ist mehr äusserlich. Die Menge der Nachrichten über Handel und Wirtschaft ist nur geniessbar, wenn sie übersichtlich gegliedert ist, wenn aber auch das geistige Band dazu nicht fehlt. Sich eine eigene Meinung zu bilden, ist in den letzten fünf Jahren überaus schwer gewesen. Die Mark war kein Massstab mehr, jedes danach gezeichnete Bild verzerrt. Die gesetzliche Veröffentlichungspflicht, in Prospekten, Registereintragungen, Geschäftsberichten und Bilanzen, verfehlte gänzlich ihren Zweck. Allenfalls konnte man vergleichen, mit wie verschiedenartigem Vielfachen die einzelnen Posten der Vermögensübersichten sich von Jahr zu Jahr veränderten; und sich darüber streiten, ob der Kurswert einer Aktie wohl dem „wirklichen" entspreche oder nicht. Die auf 1 ℳ abgeschriebenen Werte glichen dem verschleierten Bild von Sais, die Rentabilität einem Märchen aus der Kinderzeit.

In alles das ist mit der Befestigung der Mark ein befreiender Windstoss gefahren, der die Nebel zerstreut. Mit dem Worte „Goldbilanz" erwachsen der wirtschaftlichen Berichterstattung unermessliche neue und schwere Aufgaben. Auch für sie handelt es sich um einen völligen Wiederaufbau. Ueber wieviele Generalversammlungen voll erregter Auseinandersetzungen wird zu berichten sein! Wieviele Meinungen und Aussprüche, jeder an sich berechtigt, werden einander bekämpfen! Welchen Belastungsproben wird das „Gerechtigkeitsgefühl" ausgesetzt sein! Hier hilft nur eines, die Erkenntnis, dass das Wohl der Allgemeinheit dem des Einzelnen voranzustellen ist.

Vom Wohl der Allgemeinheit ist das des einzelnen unbedingt abhängig. Kein Einzelner konnte wirtschaftlich genesen, solange die Allgemeinheit totkrank war. Deshalb bleibt das Reparationstrauerspiel — zu dem Arnold Rechberg die Hanswurstiade besorgt hat — dauernd zu beachten; keinen Versuch zur „Lösung" gibt es, der nicht die Wirtschaft bis ins Mark treffen müsste. Deshalb haben wir seit Jahren eine Neuordnung der Währung befürwortet, wie sie endlich vollzogen wurde, und den Irrglauben bekämpft, als könne eine gesunde Währung die Folge von „mehr Arbeit" sein; sie ist die Voraussetzung dafür. Jetzt freilich ist die vernünftige Ordnung des weiten Gebiets der „Arbeit" die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik. Um das Möglichste leisten zu können, muss die Wirtschaft frei sein. Kritik an den Regierungsmassnahmen, die sich auf sie beziehen, ist unerlässlich. Die Kritik soll unvoreingenommen sein, aber auch nicht leise treten. Ist aber eine Entscheidung endgültig gefallen, so ist es meist empfehlenswert, daraus das Bestmögliche zu machen — es sei denn, dass geradezu ein hanebüchener Blödsinn verbrochen worden wäre.

Vom Allgemeinen schweift der Blick über die Zusammenschlüsse und Gruppen der verschiedensten Art, die „vertikalen" und „horizontalen", über die Gesellschaften aller Gattungen, bis schliesslich zu den Einzelnen, die doch wieder als lebendige Menschen mit ihren Freuden und Leiden, Gewinnen und Verlusten, berechtigten und unberechtigten Wünschen und Ansprüchen das erst mit Fleisch und Blut erfüllen, was man „die deutsche Wirtschaft" nennt. Ihnen allen möchte man Genüge tun, und muss sich doch an das halten, was an Malthus gerühmt wurde: „nicht mit dem Herzen denken!" Die Verführung, davon abzuweichen, liegt nahe; ein Beispiel dafür war die Aufwertungsfrage. Gewiss soll auch das „Herz" bei keiner wirtschaftlichen Ueberlegung ausgeschaltet sein. Aber der „Kopf" darf die Führung nicht verlieren. Sonst wird aus der Wohltat für wenige Nachteil für viele. Dass Kopf und Herz zusammen einen gangbaren Weg finden, ist die Aufgabe der Stunde, für Arbeitgeber, für Arbeitnehmer, und für den, der ihnen zu raten versucht.

Das Ganze ist die Summe seiner Teile. Das wird zuweilen von denen vergessen, die den Handelsteil ihrer Zeitung recht vollständig sehen möchten. Er soll alles enthalten — über die andern; wie Wilde sagt: „Pflicht ist, was man von andern erwartet; nicht das, was man selbst tut." Wenn niemand über sich selbst Auskunft geben will, erfährt keiner etwas. Jeder, der erbetene Auskunft gibt, oder noch besser sich von allein äussert, trägt zur Reichhaltigkeit des Inhalts bei. Der Ehrgeiz des Handelsjournalisten ist es, etwas ähnliches wie ein Arzt oder Beichtvater zu sein; und den „Informationen" nicht nachlaufen zu brauchen, sondern sie ins Haus zu bekommen. Das Ideal wird selten erreicht. Um so häufiger ist die Antwort: „1. An der Nachricht ist nichts wahr; 2. bitte bringen Sie ja nichts darüber!" Für eine solche Auskunft braucht man den Fernsprecher nicht zu benutzen. Viel einfacher ist es dann, die Nachricht „mit allem Vorbehalt" ohne Anfrage zu veröffentlichen — dann erscheint die gewünschte Auskunft meist mit äusserster Beschleunigung. Das Vertrauen zur Handelspresse könnte ruhig grösser sein. Wir wissen meist weit mehr, als wir sagen.

Höher als alles steht das geistige Ziel, gerade in der Welt der greifbaren Tatsachen, der Wahrheit zu heimischen Bereichs. Höher als alles steht das geistige Ziel, gerade in der Welt der greifbaren Tatsachen, der Wahrheit zu dienen, dazu die Wahrheit zu sagen, so gut man sie versteht, und also dem Spruch zu folgen, den Schopenhauer der Stadt Frankfurt zu Goethes 100. Geburtstag ins Stammbuch schrieb: „Qui non libere veritatem pronunciat proditor veritatis est!"

Geschäftsbücher
Lose-Blätter-Bücher
Kartonagen
J·C·KÖNIG & EBHARDT
GESCHÄFTSBÜCHERFABRIK / BUCH- UND STEINDRUCKEREI
HANNOVER
Aktien
Schecks
Kataloge
Preislisten

GOTTFRIED WILHELM LEIBNIZ BIBLIOTHEK
NIEDERSÄCHSISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Signatur: C 5777, [18] - -